DATENSCHUTZHINWEIS

Für BewerberInnen und Studieninteressierte, die das Bewerbungsformular ("Bewerbungsformular") ausfüllen

Die **Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest** (im Folgenden: die „**Universität**") informiert die betroffenen Personen nachstehend über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Kontaktaufnahme bezüglich des Interesses an Studiengängen der Universität, der Bewerbung für einen Studiengang (Rücksendung des Bewerbungsformulars) sowie im Rahmen des hochschulrechtlichen Aufnahmeverfahrens.

1. Verantwortliche

Name: Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Sitz: 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.

Steuernummer: 18173967-2-42

Institutionelle Kennnummer: FI 65852

Kontakt: Studienreferat, E-mail: studienreferat@aub.eu

Erreichbarkeit der/des Datenschutzbeauftragten: datenschutz@aub.eu

2. Umfang der verarbeiteten Daten, Zweck, Rechtsgrundlage, Dauer der Datenverarbeitung, Informationen zur Datenübermittlung

2.1 Information über Studienangebote (Informationen für die Ausfüllenden des Bewerbungsformulars)

2.1.1. Umfang der verarbeiteten Daten: Name und E-Mail-Adresse der Studieninteressierten bzw. deren Foto (sofern ihr Google-Konto ein Foto enthält)

2.1.2. Zweck der Datenverarbeitung: Information der Studieninteressierten über die von der Universität angebotenen Studiengänge, einzelne Studiengänge bzw. Beantwortung einer im Bewerbungsformular gestellten Frage

2.1.3. Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) der DSGVO – freiwillige Einwilligung der betroffenen Personen/Studieninteressierten.

2.1.4. Dauer: Bis zum Widerruf der Einwilligung der betroffenen Person oder maximal ein Jahr nach Ablauf der Bewerbungsfrist des Zulassungsverfahrens für das dem Ausfüllen des Bewerbungsformulars folgende akademische Jahr.

2.1.5. Datenverarbeiter: Google (Betreiber des Hostings und des Mail-Systems)

2.1.6. Datenquelle: Von der/dem Studieninteressierten angegebene Daten

2.1.7. Datenübermittlung: Die gemäß Punkt 2.1 verarbeiteten Daten werden nicht an Dritte übermittelt.

2.2. Zulassungsverfahren / Aufnahmeverfahren

2.2.1. Umfang der verarbeiteten Daten

- die in Anhang 3 Kapitel I/B. Punkt 1.a) des Gesetzes über das nationale Hochschulwesen Nr. CCIV aus dem Jahr 2011 („Hochschulgesetz") und in § 12 der Regierungsverordnung über das Hochschulzulassungsverfahren Nr. 423/2012. (XII. 29.) festgelegten Daten,

- die für die Beurteilung des Zulassungsantrags gemäß der Regierungsverordnung über das Hochschulzulassungsverfahren Nr. 423/2012. (XII. 29.) notwendigen weitere Daten (z.B. Angaben zur Behinderung, zu einer benachteiligten sozialen Lage, zu Zuschüssen aufgrund von Kinderbetreuung gemäß der genannten Verordnung),
- die Art und Weise der Kenntniserlangung über die Universität (z. B. Website, Freunde, Werbung, Tag der offenen Tür usw.), und
- die von der betroffenen Person freiwillig angegebenen, für die Entscheidung über die Bewerbung jedoch nicht erforderlichen Daten.

2.2.2. Zweck der Datenverarbeitung

- Durchführung des Zulassungsverfahrens bzw. der von der Universität durchzuführenden Aufnahmeprüfung, Entscheidung über die Bewerbung, Erstellung von Ranglisten, Beschlussfassung;
- Verarbeitung von Daten zu Behinderung und der benachteiligten sozialen Lage sowie ggf. Daten zu Leistungen aufgrund von Kinderbetreuung erfolgt durch die Verantwortliche auch zur Gewährleistung der Chancengleichheit gemäß § 24 der Regierungsverordnung 423/2012. (XII. 29.) über das Hochschulzulassungsverfahren;
- die Daten zur Art der Kenntnisnahme von der Universität werden zu statistischen Zwecken verarbeitet.

2.2.3. Rechtsgrundlage

- Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung der für das Zulassungsverfahren erforderlichen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) der DSGVO – die Verarbeitung ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse (Fortführung der grundlegenden Bildungstätigkeit) und zur Durchführung des Zulassungsverfahrens erforderlich;
- Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Gesundheitsdaten bezüglich der Behinderung ist erhebliches öffentliches Interesse (Gewährleistung der Chancengleichheit) gemäß Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) der DSGVO;
- Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten über die Art der Kenntnisnahme von der Universität ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) der DSGVO („berechtigtes Interesse"), da eine statistische Analyse mit Marketingrelevanz erfolgt;
- Im Falle von Daten, die zur Bewerbung an die Universität nicht erforderlich sind und von der betroffenen Person freiwillig angegeben werden, ist die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung die auf vorheriger Information basierende freiwillige Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) der DSGVO, im Falle besonderer Daten die ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person gemäß Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) der DSGVO.

2.2.4. Dauer der Datenverarbeitung

Bei erfolgreichen BewerberInnen dauert die Datenverarbeitung gemäß Anhang I/B. Punkt 3. des Hochschulgesetzes achtzig Jahre ab der Meldung der Beendigung des Studierendenverhältnisses (siehe § 59 des Hochschulgesetzes).

Bei nicht erfolgreicher Bewerbung beträgt die Dauer der Datenverarbeitung gemäß dem Gesetz über das Bildungsregister Nr. LXXXIX aus dem Jahr 2018 und der Ordnung der Universität maximal ein Jahr ab der Bewerbungsfrist des betreffenden Zulassungsverfahrens.

2.2.5. Auftragsverarbeiter

- Google (Betreiber des Hostings und des Mail-Systems).
- Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung der Betreiber des ETN (Elektronisches Studienverwaltungssystem), da die Daten im Hinblick auf das Studierendenverhältnis auch weiterhin im elektronischen Studiensystem verarbeitet werden.

2.2.6. Datenübermittlung / Zweck der Datenübermittlung

Die gemäß Punkt 2.2 verarbeiteten Daten werden zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten der Universität an das Bildungsamt (Oktatási Hivatal) bzw. an das zuständige Ministerium übermittelt.

3. Rechte der Betroffenen (BewerberInnen sowie Studieninteressierte)

Die von den Datenverarbeitungen gemäß Punkt 2 betroffenen Personen können die folgenden Rechte gemäß den einschlägigen Bestimmungen der DSGVO ausüben:

1. Informationspflicht

   Mit der vorliegenden Information erfüllt die Universität als Verantwortliche die in Art. 12 DSGVO festgelegte Pflicht, die Betroffenen über die Umstände der Datenverarbeitung zu informieren. Diese Information umfasst, wer die personenbezogenen Daten der betroffenen Person zu welchem Zweck, auf welcher Grundlage und wie lange verarbeitet, welche Rechte die betroffene Person im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung hat und an wen sie sich mit Fragen oder Beschwerden zur Datenverarbeitung wenden kann.

2. Auskunftsrecht

   Die betroffene Person kann jederzeit umfassende Auskunft über die Verarbeitung ihrer Daten verlangen sowie eine Kopie der verarbeiteten personenbezogenen Daten anfordern.

3. Recht auf Berichtigung bzw. Vervollständigung

   Die betroffene Person kann verlangen, dass die Universität unrichtige oder fehlerhafte personenbezogene Daten berichtigt sowie unvollständig verarbeitete Daten ergänzt.

4. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden")

   Die betroffene Person kann in bestimmten Fällen die Löschung ihrer Daten verlangen (z. B. wenn die Daten für den Zweck, für den sie erhoben wurden, nicht mehr erforderlich sind oder wenn die Verarbeitung auf dem berechtigten Interesse der Universität beruht und die betroffene Person Widerspruch gegen diese Verarbeitung einlegt).

5. Recht auf Beschränkung der Verarbeitung

   Die betroffene Person kann die Beschränkung der Datenverarbeitung verlangen, z. B. wenn die Richtigkeit der Daten bestritten wird oder wenn die Beschränkung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

6. Widerspruchsrecht

   Die betroffene Person ist berechtigt, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, sofern die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung die Wahrnehmung einer Aufgabe ist, die im öffentlichen Interesse oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der Universität übertragen wurde, oder das berechtigte Interesse der Universität oder eines Dritten ist. In diesem Fall wird die Universität kein Recht mehr haben, die entsprechenden personenbezogenen Daten zu verarbeiten, es sei denn, sie legt dar, dass ihre zwingenden berechtigten Interessen Vorrang vor den Interessen oder Grundrechten und Grundfreiheiten der betroffenen Person haben.

7. Recht auf Datenübertragbarkeit

   Die betroffene Person ist berechtigt zu verlangen, dass ihr die von ihr der Universität bereitgestellten personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format übermittelt werden oder – sofern technisch machbar –die Universität diese Daten einem anderen Verantwortlichen übermittelt. Dieses Recht soll jedoch nur dann gelten, wenn die betroffene Person die personenbezogenen Daten mit ihrer Einwilligung zur Verfügung gestellt hat, und vorausgesetzt, dass die Datenverarbeitung mit automatischen Mitteln erfolgt.

8. Recht auf Beschwerde

   Jede betroffene Person ist berechtigt, bei der/dem Datenschutzbeauftragten der Universität an der E-Mail Adresse datenschutz@aub.eu oder per Post unter der Anschrift 1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3. eine Beschwerde schriftlich einreichen.

   Weiterer Rechtsbehelf kann bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság) als Aufsichtsbehörde eingelegt werden, Postanschrift: 1363 Budapest, Pf. 9., Website: www.naih.hu, Telefon: +36-1-391-1400.

   Die betroffene Person ist über den Obigen hinaus berechtigt, zur Geltendmachung ihrer datenschutzrechtlichen Ansprüche Klage beim örtlich zuständigen Gericht ihres Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes – nach ihrer Wahl – zu erheben.

4. Datensicherheitsmaßnahmen

Die Universität trifft geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten, einschließlich der Einschränkung des Zugriffs, Verschlüsselung, regelmäßiger Sicherheitsaudits, Datensicherung usw.

5. Sonstige Bestimmungen

Die Universität behält sich das Recht vor, diesen Datenschutzhinweis zu aktualisieren.

Budapest, den 2. Dezember 2025